

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 53, 2011

1. Artikel: Angst vor dem Strompreisschock (12.04.2011)
2. Artikel: Wer bezahlt die Energiewende? (13.04.2011)
3. Artikel: Im Herbst droht ein Stromengpass (14.04.2011)
4. Artikel: Atom: Die Länder wollen mitreden (15.04.2011)
5. Artikel: Wie viele Kilometer Stromnetze braucht das Land? (20.04.2011)
6. Artikel: Rascher Atomausstieg entzweit die Fachleute (29.04.2011)
7. Artikel: Merkel will den Eilausstieg (02.05.2011)

Die von der Bundesregierung eingeleitete Energiewende ist mit großen politischen und volkswirtschaftlichen Herausforderungen verbunden. Insbesondere stehen hierbei die aufzubringenden Investitionskosten, der Erhalt der Versorgungssicherheit sowie die Zusammenarbeit der unterschiedlichen politischen Entscheidungsebenen im Zentrum der Auseinandersetzung.

Deutlich werden die Komplexität sowie die Konsequenzen des zügigen Umbaus des nationalen Energie-Mix. Gleichzeitig ist die Notwendigkeit der stetigen Abwägung umwelt- und wirtschaftspolitischer Zielsetzungen herauszuarbeiten. Die hier vorgestellten Artikel beleuchten unterschiedliche Facetten der beschriebenen Diskussion und könnten gleichermaßen in Auszügen wie auch gruppenteilig bearbeitet werden.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Angebot, Nachfrage, Preisbildung“, „Energiepolitik“ und „Energie und Makroökonomie“

1. Benennen Sie die zentralen Aufgaben, denen sich Politik und Wirtschaft im Zuge der geplanten Energiewende zu stellen haben. Fassen Sie die hierfür prognostizierten Kosten zusammen.
2. Legen Sie dar, welche Möglichkeiten der Kostenübernahme derzeit diskutiert werden. Erläutern Sie die in diesem Zusammenhang auftretenden Kontroversen bzw. politischen Zielkonflikte.
3. Erklären Sie, was unter dem energiepolitischen Ziel der „Versorgungssicherheit“ verstanden wird. Erörtern Sie, inwieweit deren Sicherstellung eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit darstellt und welche Gefahren diesbezüglich von einigen Experten aktuell gesehen werden.
4. Erörtern Sie in gleicher Weise das energiepolitische Ziel der Wirtschaftlichkeit bzw. der Preisstabilität. Arbeiten Sie heraus, welche Rolle dieses in der Diskussion um den Atomausstieg bzw. den raschen Ausbau der erneuerbaren Energien spielt und welche unterschiedlichen Einschätzungen diesbezüglich zu verzeichnen sind.

5. *Erläutern Sie das energiepolitische Zuständigkeits- und Beziehungsgeflecht auf Bundes- und Landesebene. Überprüfen Sie, inwieweit die geplante Energiewende nur im Konsens zu realisieren ist.*
6. *Setzen Sie sich mit den auftretenden Interessenkonflikten zwischen den Regierungsvertretern auseinander. Erschließen Sie hierbei die zentral zu klärenden Fragen.*

8. Artikel: Industrie fordert massive Subventionierung der Elektroautos (12.04.2011)

Ein Eckpfeiler der Erneuerung unseres Energiemix ist die Verbreitung von Kraftfahrzeugen mit Elektromotoren, die gleichzeitig auch als Stromspeichereinheiten genutzt werden können. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen in zehn Jahren eine Million solcher Fahrzeuge auf deutschen Straßen zu finden sein. Die deutsche Industrie fordert in diesem Zusammenhang – auch mit Blick auf den internationalen Wettbewerb – staatliche Unterstützungsgelder für Forschung und Entwicklung.

Auch dieses Beispiel gibt einen Eindruck bzgl. der vielfältigen Aufgaben, die mit der Neuausrichtung unseres Energiemix und einer Stärkung seiner ökologischen Verträglichkeit einhergehen. Insbesondere wird dabei das Zusammenspiel von staatlich gesetzten Anreizstrukturen und den Aktivitäten der Unternehmen deutlich, wobei auch in diesem Zusammenhang auftretende Interessenkonflikte zu behandeln sind. Die Schülerinnen und Schüler können sowohl Ziele und Nutzen wie auch die Risiken derartiger staatlicher Fördermaßnahmen analysieren.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Geben Sie die Pläne der deutschen Bundesregierung bzgl. des Ausbaus der Elektromobilität hierzulande wieder.*
2. *Legen Sie die hiermit verbundenen Forderungen der hiesigen Industrie an die Politik dar. Arbeiten Sie deren Interessen und zentralen Argumente heraus.*
3. *Erläutern Sie in diesem Zusammenhang die generelle Zielsetzung und Herangehensweise staatlicher Anreizstrukturen im Bereich der Forschung und Entwicklung. Ermitteln Sie weitere Beispiele für solche Vorgehensweisen.*
4. *Setzen Sie sich kritisch mit der bisherigen Position der Bundesregierung bzgl. der Förderung im Bereich der Elektromobilität auseinander. Diskutieren Sie Nutzen und Grenzen derartiger staatlicher Fördermaßnahmen.*

9. Artikel: Mineralölkonzerne rechnen mit Strafen nach Biosprit-Boycott (13.04.2011)

Der neue Bio-Kraftstoff E10, dessen Einführung von politischer Seite initiiert wurde, findet an den Tankstellen weiterhin keine Nachfrage. Einige der großen Tankstellenbetreiber haben sich deshalb entschlossen, wieder den herkömmlichen Super-Sprit in das Programm aufzunehmen - auch auf die Gefahr hin, mit staatlichen Strafen belegt zu werden.

Die Schülerinnen und Schüler haben u. a. die Möglichkeit, sich kritisch mit dieser umweltpolitisch motivierten Maßnahme auseinanderzusetzen.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“, „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“ und „**Energiemix der Zukunft**“

1. *Charakterisieren Sie den Kraftstoff E10. Legen Sie dar, inwieweit sich dieser von herkömmlichen Kraftstoffen unterscheidet.*
2. *Erläutern Sie die Zielsetzungen, die von politischer und unternehmerischer Seite mit der Einführung des Kraftstoffes verfolgt wurden. Arbeiten Sie derzeit auftretende Konfliktlinien zwischen den Akteuren heraus.*
3. *Fassen Sie die derzeitige Nachfrage nach E10 zusammen. Analysieren Sie die wesentlichen Ursachen für die zu erkennende Entwicklung.*
4. *Setzen Sie sich kritisch mit den Argumenten für und gegen den neuen Kraftstoff auseinander. Beurteilen Sie dessen Effizienz im Kontext der Umweltpolitik.*

10. Artikel/Grafiken: Alle gegen Großmann (14.04.2011)

11. Artikel: Die Atomwende zwingt RWE zur Erneuerung (14.04.2011)

12. Artikel: RWE-Aktionäre gegen Politisierung (15.04.2011)

Die Entscheidung der Bundesregierung hin zu einem zügigen Atomausstieg hat insbesondere für den RWE-Konzern starke Auswirkungen. Dessen Vorstandsvorsitzender Großmann wehrt sich deshalb deutlich vehementer als die Vertreter anderer Kraftwerksbetreiber gegen diese Entscheidung. Dabei stößt er extern und intern auf Kritik, wobei insbesondere der Widerstand der Kommunalpolitiker im RWE-Aufsichtsrat für Kontroversen sorgt.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Wertschöpfung**“, „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“ und „**Energiemix der Zukunft**“

1. *Fassen Sie die Folgen der Ausstiegspläne der Bundesregierung für den RWE-Konzern zusammen. Erschließen Sie, inwieweit dieser vergleichsweise hart getroffen wird.*
2. *Geben Sie die Position des RWE-Vorstandsvorsitzenden Großmann in der aktuellen Debatte wieder. Arbeiten Sie heraus, inwieweit ihn seine Reaktion innerhalb der Branche isoliert.*
3. *Analysieren Sie die Diskussion innerhalb des Unternehmens. Benennen Sie jene Akteure, die im Widerspruch zu Großmann stehen und ermitteln Sie deren Interessen und Argumentationen.*
4. *Setzen Sie sich insbesondere mit der Rolle der Kommunalpolitiker im RWE-Aufsichtsrat auseinander. Erörtern Sie deren zentrale Motive und stellen Sie diesen die Interessen der Aktionäre gegenüber.*

13. Artikel: Vorbild Deutschland (21.04.2011)**14. Artikel: Sonne, Wind und Subventionen (21.04.2011)****15. Artikel: Ölkonzerne entdecken die Sonne (02.05.2011)**

Der zügige Umbau des Energiemix birgt eine Vielfalt von Herausforderungen. Gleichzeitig eröffnen sich jedoch auch neue Geschäftsfelder für deutsche Unternehmen, die im internationalen Kontext gewisse Wettbewerbsvorsprünge aufweisen. Begründet liegen diese in der langjährigen Förderung erneuerbarer Energien hierzulande, die allerdings mit nicht unerheblichen Kosten für die Bürgerinnen und Bürger einhergeht. Über Deutschland hinaus lässt sich jedoch ein wachsendes Interesse an diesem Bereich der Energiegewinnung erkennen. Ersichtlich wird dies beispielsweise anhand aktueller Akquisevorhaben großer Ölkonzerne.

Verdeutlicht werden somit auch hier die Komplexität sowie die Konsequenzen des zügigen Umbaus des nationalen Energie-Mix. Gleichzeitig können sich die Schülerinnen und Schüler damit auseinandersetzen, inwieweit sich die deutsche Energiepolitik der letzten Jahren von derjenigen anderer Industriestaaten unterscheidet und inwiefern sich hieraus eine Vorreiterfunktion im globalen Kontext ergeben kann.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energiemix der Zukunft“**

1. *Erläutern Sie, inwieweit sich die energiepolitische Ausrichtung der letzten Jahre in Deutschland von denjenigen anderer Industriestaaten unterscheidet. Benennen Sie in diesem Zusammenhang relevante Aspekte bzw. Programme.*
2. *Arbeiten Sie heraus, inwieweit das deutsche Vorgehen nach Ansicht der Autoren des ersten Artikels als internationales „Vorbild“ dienen könnte. Geben Sie die entsprechenden Argumente der Autoren hierfür wieder.*
3. *Beschreiben Sie in diesem Zusammenhang, inwieweit die Vorfälle in Fukushima nicht nur in Deutschland zu einem Umdenken führen. Ermitteln Sie konkrete Belege hierfür.*
4. *Ermitteln Sie die Kosten, die in Deutschland für den Umbau des Energiemix bislang aufgewandt wurden, am Beispiel der Sonnenenergie. Erklären Sie die Struktur des Finanzierungssystems und nennen Sie Betroffene und Profiteure.*
5. *Setzen Sie sich mit den Vor- und Nachteilen derartiger Subventionssysteme auseinander. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*
6. *Fassen Sie die aktuellen Übernahmehorizonte großer Ölkonzerne im Bereich der erneuerbaren Energien zusammen. Legen Sie dar, welche Ziele hiermit insbesondere erreicht werden sollen.*
7. *Erörtern Sie, inwiefern die Geschäftsstrategien der genannten Unternehmen Aufschluss hinsichtlich der sich verändernden energiepolitischen Ausrichtungen in den Industriestaaten geben. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

16. Artikel: Frankreich schottet seinen Strommarkt ab (20.04.2011)

Seit langem wird Frankreich in der Europäischen Union (EU) dafür kritisiert, dass es seinen Strommarkt zugunsten des staatlichen Monopolkonzerns EDF abschottet. Aktuelle Preisfestsetzungen von Regierungsseite passen in dieses Bild, da sie die Wettbewerbsmöglichkeiten konkurrierender Unternehmen bewusst unterhöheln.

Es zeigt sich, welche Schwierigkeiten bei der Herstellung europäischer Energiemärkte aufgrund nationaler Interessen entstehen (können). Gleichzeitig wird deutlich, dass staatliche Eingriffe die Preisbildung auf den Märkten nachhaltig beeinflussen.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Angebot, Nachfrage und Preisbildung“**, **„Wettbewerbsstrukturen“** und **„Energiepolitik“**

- 1. Fassen Sie die aktuelle Entscheidung der französischen Regierung zusammen. Legen Sie deren Begründungen und Zielsetzungen dar.*
- 2. Erläutern Sie, inwiefern die Verhinderung eines freien Wettbewerbs sowie die „Abschottung“ des nationalen Strommarktes das zentrale Ziel der Maßnahme zu sein scheinen. Arbeiten Sie heraus, inwieweit Frankreich hiervon profitiert.*
- 3. Erklären Sie, inwiefern die Maßnahmen den Grundsätzen und Plänen der Europäischen Kommission widersprechen. Arbeiten Sie deren zentrale Pläne und Ziele im Bereich der Wettbewerbsgestaltung heraus.*

Angst vor dem Strompreisschock

Die Industrie blickt mit Sorge auf die Entwicklung der Preise. Die SPD fordert eine Entlastung für Verbraucher.

5

Die angestrebte Energiewende könnte teuer werden. Politiker und Wirtschaftsvertreter warnen vor den Folgen für Unternehmen und Verbraucher.

10 In einem gestern veröffentlichten Appell der energieintensiven Industrien heißt es, der bereits existierende Nachteil bei den Industriestrompreisen in Deutschland dürfe durch die Energiewende nicht noch verschärft werden. Anderenfalls rechnen die Branchen Chemie, Stahl, Nichteisen-Metalle, Papier, Baustoffe und Glas mit einer schleichen-

15 den Deindustrialisierung. Die Industriestrompreise in Deutschland gehören zu den höchsten in Europa. In einigen Branchen stellt der Stromverbrauch den mit Abstand größten Kostenblock dar.

CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe sagte gestern, man werde im Mai die Frage beantworten, wie Deutschland bei einem raschen Ausstieg aus der Kernkraft als wett-

20 bewerbefähiger Industriestandort erhalten bleiben könne. Insbesondere der Wirtschaftsflügel der Union kritisiert, die Kosten der Energiewende würden systematisch unterschätzt.

Bereits nach der zunächst vorübergehenden Abschaltung der sieben Kernkraftwerke, die die Bundesregierung Mitte März angeordnet hatte, sind die Strompreise an der

25 Leipziger Strombörse EEX gestiegen. Langfristig dürfte ein schneller Ausstieg aus der Kernkraft das Preisniveau klettern lassen. In Kernkraftwerken lässt sich Strom kostengünstiger produzieren als in Gas- oder Kohlekraftwerken oder mittels erneuerbarer Energien. Wenn die Kernkraftwerkskapazitäten wegfallen, muss verstärkt auf die teureren Erzeugungsformen zurückgegriffen werden, die Preise steigen.

30

Auch die privaten Verbraucher würden dies zu spüren bekommen. Es könne nicht sein, dass der Stromkunde die Energiewende allein bezahle, sagte SPD-Parteichef Sigmar Gabriel. Den Ausbau der Stromnetze und die Erneuerung des Kraftwerkparks

35 „ohne eine öffentliche Förderung“ lehnte er ab. Nicht nur Mieter, auch Mittelständler und Handwerker würden „in enorme ökonomische Bedrängnis kommen“, sollte der Staat die steigenden Strompreise nicht abfedern.

Die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anette Kramme, sagte, die Energiewende müsse sozialpolitisch abgesichert werden. „Der Strompreis darf

40 nicht arm machen“, sagte Kramme. Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) sagte dem Handelsblatt, man werde darauf achten, „dass die Chancen und Belastungen gerecht verteilt werden“.

Die IG BCE plädiert dafür, in Deutschland über 2018 hinaus Steinkohle zu fördern. Ein Abschied von diesem Rohstoff in Deutschland sei angesichts des angestrebten

45 Ausstiegs aus der Kernkraft falsch, heißt es in einem IG-BCE-Strategiepapier.

Quelle: Delhaes, D./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 072, 12.04.2011, 4

Wer bezahlt die Energiewende?

Die Minister Röttgen und Schäuble konnten den Streit über die Mittel für die Energiewende gestern auch im persönlichen Gespräch nicht klären.

5

Innerhalb der Bundesregierung verschärft sich der Streit über die Kosten eines schnelleren Atomausstiegs. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Umweltminister Norbert Röttgen (beide CDU) trafen sich gestern, um nach einem Ausweg zu suchen. Eine Lösung sei allerdings nicht erzielt worden, erfuhr das Handelsblatt aus Regierungskreisen.

10

Bereits Anfang der Woche gerieten Schäuble und Röttgen während der CDU-Präsidiumssitzung heftig aneinander. Der Finanzminister kritisierte Röttgens Vorschlag, den Klimafonds im nächsten Jahr aus Mitteln des Bundeshaushalts aufzustocken. Grund ist die Weigerung der Kernkraftwerksbetreiber, wegen des kürzlich verhängten Atommoratoriums weiter Geld an den Fonds zu überweisen. Der Fonds war Ende vergangenen Jahres im Zusammenhang mit der Laufzeitverlängerung eingerichtet worden. Er speist sich aus Beiträgen der vier Kernkraftwerksbetreiber. Nach den ursprünglichen Plänen sollten die Betreiber bereits 2011 und 2012 jeweils 300 Millionen Euro einzahlen. Die Mittel des Fonds sollen für erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Energieforschung und Klimaschutz eingesetzt werden. Da die Laufzeitverlängerung auf der Kippe steht, zahlen die Konzerne nicht mehr in den Fonds ein, sondern nur noch auf ein Sperrkonto.

15

20

Röttgen betonte im Gespräch mit Schäuble die politische Bedeutung der Atomwende und forderte den Finanzminister auf, das Problem „haushaltstechnisch“ zu lösen. Der Finanzminister und die Haushaltsexperten der Union wollen sich jedoch vom Umweltminister keine Vorschriften machen lassen.

25

In der Koalition wirft man Röttgen nach seinem Auftritt im CDU-Präsidium zudem mangelnde Glaubwürdigkeit vor. Führende Unionspolitiker erinnern daran, dass sich Röttgen nach dem Verfassungsgerichtsurteil zum Haushalt in Nordrhein-Westfalen für einen klaren Konsolidierungskurs ausgesprochen hat. Mitte März sagte der Bundesumweltminister, der zugleich CDU-Chef in Nordrhein-Westfalen ist, eine solide Haushaltspolitik sei Ausdruck der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen.

30

35

Schäuble bekommt unterdessen Unterstützung von der Unionsfraktion. Der parlamentarische Geschäftsführer Peter Altmaier (CDU) betonte, seine Partei werde es „nicht zulassen, dass ein Gegensatz zwischen Atomausstieg und Haushaltskonsolidierung konstruiert wird“. Er versicherte: „Wir werden ganz klar machen, dass die Haushaltskonsolidierung weitergeht.“

40

45 Aus den geplanten Einnahmen des Energie- und Klimafonds lässt sich ohnehin nur ein Bruchteil der Kosten für die Energiewende bestreiten. Der größte Teil der Kosten wird nicht die öffentlichen Haushalte belasten, sondern landet in Form höherer Rechnungen bei den Verbrauchern. Sie zahlen mehr für die Stromerzeugung, eine höhere Umlage für die erneuerbaren Energien und höhere Netzentgelte.

50 „Wir reden über hohe dreistellige Milliardenbeträge innerhalb der nächsten Dekade“, sagte Stephan Kohler, Chef der Deutschen Energie-Agentur (Dena), dem Handelsblatt. So müssen die wegfallenden Kernkraftwerkskapazitäten zumindest zum Teil durch den Bau neuer fossiler Kraftwerke ersetzt werden. Branchenschätzungen zufolge werden außerdem „mehrere Hundert Milliarden Euro“ in den Ausbau der erneuerbaren Energien fließen. Weil die Energie künftig dezentraler erzeugt wird, 55 müssen auch die Verteilnetze, die den Strom bis zum Endverbraucher bringen, ausgebaut werden. Dafür werden Kosten von bis zu 27 Milliarden Euro veranschlagt. Hinzu kommen die Kosten für den Ausbau der Übertragungsnetze. Diese „Stromautobahnen“ bringen den Strom von den Windparks im Norden in die Verbrauchszentren im Süden und Südwesten. Die Dena sieht einen Ausbaubedarf bei 60 den Übertragungsnetzen von bis zu 3600 Kilometern. Auch dafür werden Milliardenbeträge fällig.

Greenpeace veranschlagt in seinem gestern vorgestellten Plan für einen Atomausstieg bis 2015 und die Abschaltung aller großen Kohlekraftwerke bis 2030 65 Ersatzinvestitionen in Höhe von 110 Milliarden Euro. Dem stünden aber laut Greenpeace 145 Milliarden Euro an Einsparungen etwa bei den Ausgaben für Brennstoffe gegenüber.

Quelle: Afhüppe, S./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 073, 13.04.2011, 14

Im Herbst droht ein Stromengpass

Ein Gutachten der Bundesnetzagentur warnt die Regierung vor überstürzten Entscheidungen beim Ausstieg aus der Atomenergie.

5

Die Bundesnetzagentur fordert von der Bundesregierung eine Energiewende mit Augenmaß. „Es ist dringend davon abzuraten, kurzfristig weitere Abschaltungen über die acht Kernkraftwerke hinaus anzuordnen, die nicht ausreichend mit den Energieversorgern abgesprochen sind“, schreibt die Behörde in ihrem Bericht für die Regierung über die Auswirkungen des Atommoratoriums, der dem Handelsblatt vorliegt. Für die Dauer des dreimonatigen Moratoriums und voraussichtlich auch für das restliche Sommerhalbjahr sei die Netzsituation vermutlich beherrschbar. Es bestehe keine akute Gefahr. Doch im Herbst und im Winter dieses Jahres könnte es vermehrt „angespannte Netzsituationen“ geben, warnt die Bundesnetzagentur, zu deren Aufgaben es gehört, die sichere Versorgung der Verbraucher mit Energie zu gewährleisten.

Das Gutachten dürfte die Debatte in der Union und FDP weiter anheizen, ob sich die Bundesregierung bereits jetzt auf einen beschleunigten Atomausstieg festlegen soll. Die Bundesnetzagentur fordert die Koalition dazu auf, vor „weiteren Maßnahmen die konkreten Ergebnisse der Netzberechnungen der Energieversorger abzuwarten“. Für zusätzliche Stilllegungen von Kraftwerkskapazitäten gebe es derzeit „keinen Puffer“. Eine zwingende Alternative zur Atomkraft ist demnach der Ausbau von Kohle- und Gaskraftwerken. „Es ist unabdingbar, die Fertigstellung bereits im Bau befindlicher Kraftwerke zu gewährleisten und die Realisierung geplanter Projekte zu beschleunigen“, schreibt die Behörde und warnt: „Bei einer dauerhaften Stilllegung der acht Kernkraftwerke kann Deutschland nicht mehr im bisherigen Umfang als eine der Stützen der Versorgungssicherheit im europäischen Verbund auftreten.“ Steigende Preise in Deutschland könnten durch den Import von billigem Strom aus dem Ausland vollständig gedämpft werden, heißt es in dem Gutachten. Die Frage nach den künftigen Strompreisen wird auch beim morgigen Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und den Ministerpräsidenten der Länder eine entscheidende Rolle spielen. FDP-Fraktionschefin Birgit Homburger forderte, die angestrebte Energiewende nicht durch eine zusätzliche Neuverschuldung des Bundes zu finanzieren. „Alle Maßnahmen aus dem Bundeshaushalt müssen dort gegenfinanziert werden“, sagte sie in Berlin. Führende Fraktionsmitglieder der Union hatten allerdings vor zu frühen Festlegungen auf Finanzierungsfragen gewarnt, weil bislang nicht einmal der konkrete Weg für einen schnelleren Atomausstieg feststehe. Zur Finanzierung der Energiewende soll auch der Fonds zur Förderung erneuerbarer Energien beitragen, in den die Kernkraftwerksbetreiber als Gegenleistung für die zugesagte Laufzeitverlängerung Beiträge einzahlen sollten. Am Wochenende hatten RWE, Eon, Vattenfall und EnBW mitgeteilt, wegen des Atommoratoriums keine Zahlungen zu leisten. Dies wertet die Bundesregierung als „Vertragsbruch“, wie der Parlamentarische Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk (CSU) gestern im Bundestag sagte. Die Regierung prüfe „die Einleitung rechtswahrender Schritte“.

Quelle: Sigmund, T., Handelsblatt, Nr. 074, 14.04.2011, 14

Atom: Die Länder wollen mitreden

Kanzlerin Merkel muss sich auf Widerstand der Ministerpräsidenten beim heutigen Treffen zur Energiewende einstellen.

- 5
- Bundeskanzlerin Angela Merkel muss sich bei ihrem heutigen Spitzentreffen mit den Ministerpräsidenten der Länder zur Energiewende auf Kritik einstellen. Die Länder wollen sich ihre Kompetenzen nicht vom Bund streitig machen lassen. Das betrifft insbesondere den Ausbau der Stromnetze – neben dem schnellen Ausstieg aus der Kernenergie und einem zügigen Ausbau erneuerbarer Energien einer der wesentlichen Bestandteile der von der Bundesregierung angestrebten Energiewende. Die geplante Bündelung der Planfeststellungsverfahren bei der Bundesnetzagentur sei „kein taugliches Mittel zur Beschleunigung des Netzausbaus“, sagte Schleswig-Holsteins Wirtschaftsminister Jost de Jager (CDU) dem Handelsblatt. Eine verstärkte Zusammenarbeit der Planfeststellungsbehörden der Länder sei dafür geeigneter. Ähnlich hatte sich in der vergangenen Woche bereits Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) im Handelsblatt geäußert: Beim Netzausbau dürften die Belange der Bundesländer nicht unter den Tisch fallen.
- 10
- 15
- 20
- 25
- 30
- 35
- 40
- Basis der Gespräche zwischen der Kanzlerin und den Länderchefs ist das von Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium erarbeitete Eckpunktepapier „Sechs Punkte für eine beschleunigte Energiewende“. Beim Thema Netze nimmt es Bezug auf das vom Wirtschaftsressort vor einigen Wochen präsentierte Eckpunktepapier für ein „Netzausbaubeschleunigungsgesetz“. Darin ist vorgesehen, ein bundesweit einheitliches Genehmigungsverfahren für neue Stromnetze zu schaffen. Ziel sei es, den „Flickenteppich der Länderzuständigkeiten“ zu beseitigen. Bei der Bundesnetzagentur werde daher eine „Bundesfachplanung“ angesiedelt. Die Planung soll lediglich „in Abstimmung mit den betroffenen Ländern“ durchgeführt werden. Die Länder sehen darin eine Kompetenzverlagerung zu ihren Lasten.
- Der Netzausbau ist der Dreh- und Angelpunkt der angestrebten Energiewende. Binnen weniger Jahre werden mit dem geplanten raschen Aus für die Atommeiler große Erzeugungskapazitäten gerade im Süden Deutschlands wegfallen. Schwerpunkte der Stromerzeugung werden künftig die Windparks im Norden sein. Von dort muss der Strom in die Verbrauchszentren im Westen und Südwesten geleitet werden. Das macht neue Stromleitungen erforderlich. Nach Studien der Deutschen Energie-Agentur (Dena) müssen bis zu 3600 Kilometer Leitungen zusätzlich gelegt werden.
- Thüringens Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) forderte bereits Kompensationszahlungen für die Transitländer: „Der Norden hat den Profit an den Windkraftanlagen. Im Süden wird der Strom verbraucht, und wir dazwischen gucken auf die Trasse. Wir müssen über eine Kompensation sprechen“, sagte sie der „FAZ“.

Auch McAllister will die Netzbetreiber „regelmäßige Ausgleichszahlungen“ an betroffene Kommunen leisten lassen, um die Akzeptanz der Neuverlegung von Stromleitungen zu erhöhen. Dies sieht eine Bundesratsinitiative vor, die
45 Niedersachsen bei der heutigen Sitzung der Länderkammer einbringen wird. Das Land fordert neben einer Stärkung der Länderkompetenzen beim Netzausbau auch, die Anfangsvergütung für Offshore-Windparks nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) zu erhöhen. Außerdem wird die Bundesregierung aufgefordert, das 2010
50 bereits grundsätzlich beschlossene Kreditprogramm über fünf Milliarden Euro für die Offshore-Windenergie unverzüglich zu verabschieden.

Atommüll-Probleme

55 *Radioaktivität in Asse* Im maroden Atommülllager Asse in Niedersachsen ist in 750 Metern Tiefe die Cäsium-Aktivität deutlich gestiegen. Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat in einem 2008 eingerichteten Bohrloch eine Konzentration des radioaktiven Stoffes von 240 000 Becquerel pro Liter (Bq/l) gemessen. Der Wert liege 24-mal über der erlaubten Freigrenze. 2008 war eine Aktivität von 90 000 Bq/l
60 gemessen worden. Der Grund der höheren Werte sei unbekannt, so das BfS.

Undichte Fässer In dem früheren Bergwerk wurden bis 1978 rund 126 000 Behälter mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall eingelagert, die teils beschädigt sind. So wird aus Kammer 12 seit Jahren Wasser gedrückt, das sich vor der Kammer sammelt.
65 Dort wurde die Messung vorgenommen.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 075, 15.04.2011, 16

Wie viele Kilometer Stromnetze braucht das Land?

Der rasante Ausbau der erneuerbaren Energien bringt die Leitungen an ihre Grenzen. Netzagentur-Präsident Kurth mahnt zur Eile.

5

Draußen in der Provinz ist der Kampf um jeden Meter Stromleitung längst entbrannt: Bürgerinitiativen, Umweltschützer und Kommunalpolitiker bekämpfen den Bau neuer Stromautobahnen vor ihrer jeweiligen Haustür. In Berlin dagegen geht es um das große Ganze. Wie viele neue Übertragungsleitungen braucht das Land, um den Strom aus erneuerbaren Energien aufzunehmen? Die Meinungen darüber gehen weit auseinander.

Eine Studie des Beratungsunternehmens Consentec, angefertigt im Auftrag des Wirtschaftsministeriums, kommt zu dem Ergebnis, dass 500 Kilometer neuer Leitungen ausreichen. Die Deutsche Energie-Agentur (Dena) dagegen hält bis zu 3600 Kilometer neuer Übertragungsleitungen für erforderlich.

Aus Sicht von Fachleuten sind die Zahlen der Dena zu hoch gegriffen. Die Dena-Studie gehe „von extremen Annahmen aus“, sagte Christian von Hirschhausen, Experte für Infrastrukturpolitik an der TU Berlin, dem Handelsblatt. Zudem würden die Vorteile bestimmter neuer Techniken, zum Beispiel der Einsatz der besonders leistungsfähigen Hochtemperaturseile, von der Dena nicht gebührend berücksichtigt. Insgesamt werde die Frage des Netzausbaus überbewertet. „Das Thema wird instrumentalisiert, um den Ausbau der erneuerbaren Energien möglichst schwierig erscheinen zu lassen“, sagte Hirschhausen.

Der Ausbau der Netze ist zentraler Bestandteil der angestrebten Energiewende. Der schnelle Ausstieg aus der Kernenergie kann nur gelingen, wenn zugleich der Anteil erneuerbarer Energien stark wächst. Mit dem Ausbau der Erneuerbaren entwickeln sich Stromerzeugung und Stromverbrauch räumlich weit auseinander. Künftig wird der Windstrom aus den norddeutschen Küstenregionen tragender Teil der Energieversorgung sein. Die Verbrauchszentren liegen jedoch im Westen und Südwesten der Republik. Der Strom muss also quer durchs Land transportiert werden, was neue Leitungen erforderlich macht.

35

Der Leitungsbau könnte wegen der langwierigen Genehmigungsverfahren und wegen der Widerstände vor Ort die Energiewende verzögern. Die Bundesregierung arbeitet daher daran, die Verfahren zu bündeln und zu beschleunigen. Vor wenigen Wochen erst hat das Bundeswirtschaftsministerium die Eckpunkte für ein Netzausbaubeschleunigungsgesetz vorgelegt.

Dass das Netz in seinem jetzigen Zustand sehr bald an seine Grenzen stößt, ist unbestritten. Erst gestern mahnte Matthias Kurth, Präsident der Bundesnetzagentur, der Netzausbau sei dringend erforderlich, „damit das Abregeln erneuerbarer Energien eine Ausnahmesituation bleibt“. Tatsächlich konnten nach Angaben Kurths 2009 rund 74 Gigawattstunden aus erneuerbaren Quellen, überwiegend Windstrom, nicht ins Netz eingespeist werden, weil die Netze an ihre Kapazitätsgrenzen stießen. Das entspricht zwar nur einem Anteil von 0,2 Prozent der Gesamteinspeisung der

45

erneuerbaren Energien. Künftig dürften solche Effekte aber vermehrt auftauchen, da
50 der Ausbau der Erneuerbaren rascher vorangeht als der Ausbau der Netze.

Aus Sicht von Hirschhausen ist die Annahme illusorisch, dass stets alle
Windstrommengen ins Netz aufgenommen werden könnten. „Wir werden uns an den
Gedanken gewöhnen müssen, dass es Zeiten gibt, in denen der Windstrom nicht
55 komplett ins Netz geht“, sagte er.

Der Bundesverband Windenergie (BWE) sieht die Probleme nicht in erster Linie bei
den Übertragungsnetzen, also den „Stromautobahnen“, sondern auf der Ebene der
Verteilernetze, die den Strom zu den Endkunden bringen. „Fast alle Abschaltungen
60 von Windenergieanlagen sind auf Überlastungen auf Verteilernetzebene
zurückzuführen“, sagte BWE-Präsident Hermann Albers. Die Branche prüft, in den
Netzausbau einzusteigen. In Einzelfällen habe die Branche bereits bewiesen, dass sie
schneller und kostengünstiger zu Resultaten komme als die Netzbetreiber, hatte
Albers kürzlich gesagt.

65

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 078, 20.04.2011, 15

Rascher Atomausstieg entzweit die Fachleute

Anhörung der Ethikkommission spiegelt das Spektrum der Meinungen wider. Industrie warnt vor hohem Strompreis.

5

Die Ethikkommission „Sichere Energieversorgung“ streitet nicht, sie lässt streiten: Knapp drei Dutzend Experten, Manager, Wissenschaftler und Verbandsfunktionäre skizzierten den Mitgliedern des von Kanzlerin Angela Merkel berufenen Gremiums gestern bei einer öffentlichen Anhörung ihre Idealvorstellung von der Energiewende. Die 17 Mitglieder der Ethikkommission folgten den Argumenten elf Stunden lang – und bekamen das gesamte Für und Wider eines raschen Atomausstiegs präsentiert. „Jeder weiß, ein sofortiger Ausstieg ist ohnehin nicht möglich“, sagte Eon-Chef Johannes Teyssen, der zu Beginn der Anhörung die Position der Atomkraftwerksbetreiber vertrat. Er will das Ende der Kernenergie in Deutschland möglichst weit nach hinten verschieben. Das Jahr 2025 nannte Teyssen als realistischen Zeitpunkt. Natürlich ginge es auch früher, aber mehr Kohle- und Gaskraftwerke als Ersatz für die wegfallenden Kernkraftwerkskapazitäten würden zwangsläufig zu höheren Strompreisen führen. Teyssen traf damit einen der neuralgischen Punkte, die während der Anhörung immer wieder angesprochen wurden. Zum Beispiel von Heinz-Peter Schlüter, dem Chef der Trimet Aluminium AG. Das Unternehmen steht für die energieintensiven Industrien, die in Deutschland 830000 Menschen beschäftigen. Sie stellen Aluminium, Kupfer, Stahl, Chemieprodukte, Papier, Zement oder Glas her. Die Werkstoffe sind vielfach Ausgangspunkt komplexer Wertschöpfungsketten, an deren Ende Windräder, Photovoltaikanlagen oder Elektroautos stehen. Schlüter sieht die Branchen, die er vor der Kommission repräsentiert, daher nicht als Teil des Klimaproblems, sondern als Teil der Lösung.

Die Achillesferse der Energieintensiven ist ihr enormer Strombedarf. Hohe Strompreise sind für die Unternehmen Gift. Schlüter rechnet vor: Die seit der Abschaltung der sieben ältesten Kernkraftwerke zu verzeichnende Strompreissteigerung beschert Trimet aufs Jahr gerechnet einen Ergebnisverlust von 40 Millionen Euro. So viel habe das Unternehmen noch in keinem Jahr verdient, sagte Schlüter. Das entspreche einer Lohnkostenerhöhung von 23000 Euro pro Mitarbeiter und Jahr. Eicke Weber vom Freiburger Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme teilt die Sorgen Schlüters nicht. Schon bis 2017 könne die Atomkraft komplett durch den Ausbau von Wind- und Solarenergie sowie durch Biomasse und Gaskraftwerke ersetzt werden – und das ohne massive Zusatzkosten.

Die Ethikkommission will sich bis Ende Mai selbst ein Urteil über die künftige Energieversorgung bilden. Nach Angaben des Kommissionsvorsitzenden Klaus Töpfer will man sich auf ein konkretes Jahr für das Ende der Kernkraft festlegen. Am 28. Mai wird die Kommission einen Bericht vorlegen. Die bei der gestrigen Anhörung gesammelten Erkenntnisse sollen dabei zum Tragen kommen. Der Bericht soll der Bundesregierung als Entscheidungsgrundlage für den Atomausstieg dienen. Noch im Juni sollen Bundestag und Bundesrat über Gesetzesänderungen abstimmen.

Quelle: str, Handelsblatt, Nr. 083, 29.04.2011, 17

Merkel will den Eilausstieg

5 *Neuer Ausstiegsplan im Kanzleramt: Merkel und ihr engster Zirkel wollen der Atomwirtschaft in Deutschland ein Enddatum setzen. Schon in zehn Jahren könnte demnach das letzte AKW geschlossen werden. Gaskraftwerke sollen die Lücke schließen.*

10 Vertrauliche Gespräche führt die Kanzlerin in diesen Tagen bevorzugt ohne den Koalitionspartner FDP, der vor allem mit sich selbst beschäftigt ist. Die künftige energiepolitische Strategie erörterte Angela Merkel am vergangenen Donnerstag mit ihren Parteifreunden Norbert Röttgen und Kanzleramtschef Ronald Pofalla. Die Runde war sich einig, ein Zurück zum rot-grünen Atomausstieg komme schon aus politischen Gründen nicht infrage. Stattdessen entwickelte das Trio einen Ausstiegsplan, der die rot-grüne Verabredung mit der Atomwirtschaft an Radikalität übertrifft: Merkel will das Ende aller Atomkraftwerke mit einer konkreten Jahreszahl 15 fixieren und so den Ausstieg aus der Atomenergie noch schneller vorantreiben, als die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder es geplant hatte. "Die Kanzlerin will vom System der Restlaufzeiten beim Atomausstieg abrücken, um den Einstieg in die erneuerbaren Energien zu beschleunigen", hieß es in hochrangigen Regierungskreisen, die mit dem Treffen befasst waren. Ein konkretes Ausstiegsdatum sei bei der 20 Zusammenkunft allerdings nicht vereinbart worden. Bis Wind, Sonne und Biomasse genügend Strom produzieren, sollen neue Gaskraftwerke in Deutschland gebaut werden. Stromimporte aus dem Ausland will man möglichst gering halten. Erst am Wochenende kündigte der tschechische Anbieter CEZ an, die Stromlücke der 25 Deutschen mit Atomstrom füllen zu wollen.

30 Nach dem Atomunfall in Japan und dem Sieg der Grünen in der CDU-Heimat Baden-Württemberg kann es für Merkel beim Atomausstieg nicht schnell genug gehen - sie will als Öko-Kanzlerin von der wachsenden Anti-Atom-Stimmung in der Bevölkerung profitieren. Die 180-Grad-Wende in der Atompolitik dient noch einem weiteren Zweck: Merkel möchte die CDU für Regierungsbündnisse mit den Grünen öffnen. Auf die FDP sei angesichts der schlechten Umfrageergebnisse als Faktor für eine künftige Regierungsbildung kein Verlass mehr, so die nüchterne Analyse im Kanzleramt. Merkel riskiert für den Schnell-Ausstieg neuen Ärger mit den 35 Energiekonzernen, denn RWE, EnBW und Eon müssen mit erheblichen Nachteilen rechnen. Nach dem bisherigen Ausstiegsreglement werden jedem Atommeiler bestimmte Strommengen zugewiesen. Hat der Reaktor diese Mengen produziert, erlischt die Betriebserlaubnis. Dieses Verfahren verschafft den Stromerzeugern erhebliche Spielräume: Legen sie Pausen für Revisionsarbeiten ein, verschiebt sich 40 das Aus für den jeweiligen Meiler nach hinten - und so lange verdienen die Atomkraftwerke gutes Geld. Nach den Plänen von Rot-Grün wäre der letzte Meiler wahrscheinlich 2022 oder 2023 vom Netz gegangen. Dieses Ausstiegsdatum will Merkel nun unterbieten. Deshalb könnte der Eilausstieg teuer werden. So diskutierte die Runde im Kanzleramt auch, ob man unter diesen Bedingungen noch an der 45 Brennelementesteuer festhalten kann, die der Bund im Gegenzug zur Laufzeitverlängerung eingeführt hatte.

Quelle: Afhüppe, S./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 084, 02.05.2011, 1

Industrie fordert massive Subventionierung der Elektroautos

Am 3. Mai jährt sich der Start der Nationalen Plattform Elektromobilität (NPE). Politiker, Verbandsfürsten, Manager und Wissenschaftler loben zwar im Vorfeld des Jubiläums die Fortschritte in den Arbeitsgruppen und den Austausch im Lenkungskreis unter Führung von Ex-SAP-Chef Henning Kagermann. Feierlaune aber kommt nicht recht auf. Denn in der entscheidenden Frage der Absatzförderung von Elektroautos herrscht nach wie vor Dissens. Nur mit einer solchen Förderung jedoch könne Deutschland nicht nur Leitanbieter, sondern wie von der Bundesregierung gefordert auch Leitmarkt für Elektromobilität werden, insistiert die deutsche Autoindustrie. Doch die Bundesregierung bleibt hart.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat ein klares Ziel vorgegeben: 2020 sollen mindestens eine Million E-Mobile auf deutschen Straßen fahren und damit die Massentauglichkeit der neuen Technologie unter Beweis stellen. Um die Vorgabe einzuhalten, müssten laut NPE-Rechnung in drei Jahren 100 000 elektrisch fahrende Autos hierzulande unterwegs sein – im Jahr 2017 soll es dann eine halbe Million Elektromobile sein.

Damit E-Autos attraktiv werden, müssen nach dem Willen der NPE Fahrer von Elektrowagen Sonderspuren nutzen können, die sonst Bussen und Taxen vorbehalten sind. Über ein Wechselkennzeichen für Erst- und Zweitwagen könnten die Besitzer Steuer und Versicherung sparen.

Doch das reicht nicht: Im aktuellen Entwurf zum zweiten Bericht der Nationalen Plattform, der dem Handelsblatt vorliegt, heißt es, um die Zielkurve von einer Million Fahrzeuge im Jahr 2020 „sicher zu erreichen, müssen nach heutigem Kenntnisstand auch monetäre Anreize eingesetzt werden“. Grund: Die Gesamtkosten von E-Fahrzeugen seien höher als die vergleichbarer Modelle mit Verbrennungsmotor.

Die Industrie macht geltend, in den nächsten vier Jahren zwischen zwölf und 14 Milliarden Euro „in Technologien und Lösungen rund um die Elektromobilität“ zu investieren. „Ein staatlicher Beitrag ist dennoch notwendig“, heißt es im Entwurf. Die Kosten für den Staat in den Jahren 2012 bis 2014 durch Anreize zur Verkaufsförderung beziffert der Bericht auf 320 Millionen Euro. Um gewerbliche Kunden zu locken, schlägt die NPE „eine Sonderabschreibung im ersten Jahr der Nutzung des Elektrofahrzeuges“ vor. Der Einfachheit halber sollen Unternehmen gleich die Hälfte der Anschaffungskosten abschreiben können. Private Nutzer von Dienstwagen soll der Staat steuerlich fördern, indem auf den Bruttolistenpreis als Bemessungsgrundlage ein pauschaler Abschlag für Elektroautos erfolgt. Diese Regelungen will die NPE laut Entwurf für den zweiten Zwischenbericht befristen, und zwar von 2012 bis Ende 2014. Weitere Forderungen: Die KfW soll ein Kreditprogramm für private Käufer von strombetriebenen Autos auflegen. Ein solches Darlehen bis zu 30 000 Euro wäre dann zu einem effektiven Zinssatz von 2,5 Prozent pro Jahr erhältlich. Abhängig von der Kapazität der Batterie schwebt den Experten auch „eine direkte Anreizzahlung“ vor in Form von Rabatten beim „Zulassungsverfahren und der Kraftfahrzeugbesteuerung“ – die teuerste Maßnahme aus dem vorgeschlagenen Katalog.

50 Eine Modellrechnung zeigt, was das in der Praxis hieße: Laut dem NPE-Entwurf dürf-
te ein E-Auto, das ein Privatmann im Jahr 2014 kauft, ihm unter dem Strich gut 8 100
Euro teurer kommen als ein herkömmliches Modell. Bei einem Bruttolistenpreis von
23 000 Euro ergäbe sich dann dank des günstigen KfW-Kredits eine jährliche Zinser-
sparnis von 575 Euro, begrenzt auf vier Jahre. Die ebenfalls über vier Jahre laufende
55 Steuerersparnis würde 900 Euro pro Jahr bringen. Über vier Jahre käme der Käufer so
in den Genuss von 5 900 Euro Förderung.

Und das ist noch nicht alles: Insgesamt macht der Zwischenbericht bis 2015 einen
Bedarf von 560 Millionen Euro für die notwendige akademische und berufliche Aus-
und Weiterbildung aus. Auch hier ist aus Sicht der Industrie die Hilfe des Staates ge-
60 fragt. Hinzu kommen weitere Forderungen wie „pauschal 500 Euro zur Deckung der
Ladeinfrastruktur-Mehrkosten“, sofern etwa ein Supermarkt eine öffentliche Ladesta-
tion einrichtet.

Die Gegenrechnung der Industrie: Bis 2020 könnten hiezulande mehr als 20 000 neue
65 Jobs durch E-Mobilität entstehen. Während die Förderung sinken soll, dürften dann
Einnahmen aus Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Sozialabgaben steigen. Ab
2018 führe das „zu einem positiven Finanzierungssaldo für den Bundeshaushalt“,
lockt der Entwurf für den NPE-Bericht die Politik.

70 *Quelle: Schneider, M. C., Handelsblatt, Nr. 072, 12.04.2011, 6*

Mineralölkonzerne rechnen mit Strafen nach Biosprit-Boycott

Käuferstreik kostet mindestens zwei Cent je Liter. Unionspolitiker streiten über E10.

5 Der Boycott des Kraftstoffs E10 kommt die Autofahrer teuer zu stehen. Nach der Ankündigung der Mineralölkonzerne Total, Aral und Shell, neben E10 und Super Plus künftig auch wieder Benzin mit fünf Prozent Ethanol anzubieten, drohen empfindliche Strafen. „Es werden Strafzahlungen auf die Unternehmen zukommen“, sagte eine Sprecherin des Mineralölwirtschaftsverbands (MWV) dem Handelsblatt. Diese lägen
10 bei circa zwei Cent je Liter verkauftes Benzin.

Nach Angaben des MWV hatte die Branche bereits einen dreistelligen Betrag in die Umstellung der Raffinerien und Tankstellen investiert, um die gesetzlich vorgeschriebene Biospritquote von 6,25 Prozent zu erreichen. Damit ist sie nun
15 gescheitert. Bereits am Dienstag zeigte sich, dass die Anbieter E5 teurer anbieten als E10, obwohl es in der Produktion deutlich billiger ist.

Diese Woche debattiert der Bundestag über die Benzinpreise. Die CDU-Abgeordnete Mechthild Heil forderte staatliche Preiskontrollen. Der parlamentarische
20 Geschäftsführer der Unionsfraktion, Peter Altmaier, sagte, er habe „nicht den Eindruck, dass die zuständigen Mineralölkonzerne bislang ihre Hausaufgaben gemacht haben und für Akzeptanz sorgen“. Der MWV hingegen verwies auf eine Umfrage, nach der 75 Prozent der Autofahrer informiert seien, den Kraftstoff dennoch ablehnten.

25 Unionsfraktionschef Volker Kauder zweifelte an der Zukunft des Biosprits. „Ich glaube nicht, dass sich E10 am Markt halten wird“, sagte er. Verkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) hält hingegen an dem zu zehn Prozent aus Ethanol bestehenden Sprit fest und geht davon aus, dass das Kartellamt „sehr, sehr genau beobachtet, was die
30 Mineralölkonzerne hier treiben“.

Von der Quote soll auch die Automobilindustrie profitieren. Sie darf den Bioanteil im Kraftstoff auf den CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge anrechnen. Laut EU-Vorgaben dürfen Neufahrzeuge ab 2015 maximal 130 Gramm CO₂ je Kilometer ausstoßen. Der Wert
35 hängt zudem vom jeweiligen Gewicht der Fahrzeuge ab. Stößt die Flotte mehr aus, müssen die Hersteller Strafen zahlen.

Vor allem Luxusautoanbieter wie Audi, BMW, Daimler oder Porsche fällt es schwer, die Ziele einzuhalten. Sie müssen die Emissionen noch um bis zu 20 Prozent senken,
40 wollen sie die Grenzwerte erreichen. Die Hersteller setzen dabei vor allem auf effiziente Dieselmotoren. Deshalb lief die Branche Sturm, als die Pläne der EU-Kommission bekanntwurden, die Besteuerung von Kraftstoff zulasten von Diesel umzustellen.

45 *Quelle: Delhaes, D., Handelsblatt, Nr. 073, 13.04.2011, 14*

Alle gegen Großmann

Jürgen Großmann ist ein Vorstandschef mit begrenzter Restlaufzeit. Sein Konfliktkurs gegenüber der Kanzlerin hat den RWE-Chef auch im Kreis seiner Eigentümer isoliert. Die Aktionäre rebellieren und verlangen eine Strategie für die Zeit nach dem Atomzeitalter.

Seine Freunde nennen Jürgen Großmann seit Studienzeiten "Dino", die Kurzform von Dinosaurier. Doch nie passte der Kosename für den gleichermaßen durchsetzungsstarken wie sturen Manager besser als heute. Der Vorstandschef von RWE blieb auch nach der Atomkatastrophe in Japan auf Pro-Atomkurs. Vehement verteidigt der 59-jährige Manager die friedliche Nutzung der Kernenergie - und stößt damit im Kreise seiner Aktionäre jetzt auf Widerstand. Denn RWE gehört zwar zu rund 70 Prozent freien Aktionären. Die kommunalen Aktionäre mit ihren Regionalverbänden aber halten rund 25 Prozent der Anteile - und besitzen damit eine Sperrminorität. Unverhohlen haben vor allem die SPD-dominierten Städte in NRW Großmann den Kampf angesagt. "Wir sind für einen raschen Ausstieg aus der Kernenergie", sagt der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Dortmunder Stadtrat, Ernst Prüsse. Seine Fraktion werde Oberbürgermeister Ulrich Sierau, der künftig im RWE-Aufsichtsrat sitzen soll, zu einem Wechsel der Unternehmensstrategie drängen. Auch in Mülheim an der Ruhr will der Stadtrat heute Oberbürgermeisterin und RWE-Aufsichtsrätin Dagmar Mühlenfeld (SPD) auffordern, Großmann zu einer Kursänderung und damit zur Rücknahme der Klage gegen die Abschaltung der RWE-Meiler Biblis A und Biblis B zu drängen. In den Städten Essen und Siegen gibt es ähnliche Initiativen.

Die kommunalen Aktionäre werden unterstützt von der Gewerkschaft Verdi, die im RWE-Aufsichtsrat wichtige Posten besetzt hält. "Unsere Position ist bekannt: Wir haben schon die Laufzeitverlängerung abgelehnt", sagt Verdi-Funktionär und RWE-Aufsichtsratsmitglied Hans-Peter Lafos. Die Arbeitnehmervertreter, die mit Verdi-Chef Frank Bsirske auch den stellvertretenden Aufsichtsratschef bei RWE stellen, würden auf der nächsten Aufsichtsratssitzung am Dienstagabend den Atomkurs kritisch hinterfragen, vor allem die Klage gegen das Moratorium der Merkel-Regierung. Während Eon-Boss Johannes Teysen und EnBW-Chef Hans-Peter Villis Entspannungspolitik gegenüber den Parteien betreiben und beide nicht gegen die Merkel-Regierung klagen, bleibt Großmann rauf lustig wie immer. Auch gestern zeigte er sich kämpferisch: "Es sind 500 Millionen RWE-Aktien im Umlauf. Da kann es nicht überraschen, dass unter den Anteilseignern jede erdenkliche Meinung vertreten ist", sagte er dem Handelsblatt. In einem Brief an Geschäftspartner schrieb er: "Wir bei RWE sind überzeugt, nicht nur den Interessen unseres Unternehmens, sondern auch der Volkswirtschaft gedient zu haben. Und noch zu dienen."

Im Herbst vergangenen Jahres war Jürgen Großmann noch einer der mächtigsten Männer der Republik. Beinahe im Alleingang hatte der RWE-Vorstandschef öffentlich mit großen Zeitungsanzeigen und in vertraulichen Gesprächen mit Politikern die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland vorangetrieben. Und es wirkte, als treibe Großmann auch Kanzlerin Angela Merkel und den Bundestag vor sich her. Viel Feind, viel Ehr: Im Dezember krönte ihn der

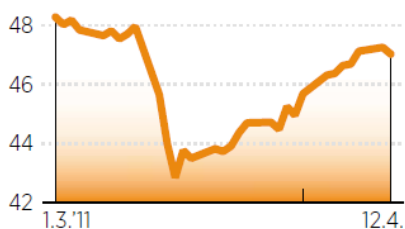
frühere Umweltminister Jürgen Trittin im Handelsblatt zum "Lobbyisten des Jahres".
50 [...] In Deutschland kritisieren SPD, Grüne und ein Bündnis von Bürgerinitiativen, es
sei unverantwortlich, "den sich anbahnenden Konsens in Politik und Gesellschaft zum
Ausstieg aus der Atomenergie seitens der RWE juristisch zu unterlaufen". So
schreiben sie in ihrem Antrag, mit dem Dagmar Mühlenfeld (SPD),
Oberbürgermeisterin von Mülheim an der Ruhr, veranlassen soll, im Aufsichtsrat
55 gegen Großmanns Haltung vorzugehen - vor allem gegen die Klage, mit der der
RWE-Chef das Moratorium der Merkel-Regierung aushebeln will. Mühlenfeld wollte
sich gestern auf Anfrage zwar nicht äußern, hat aber schon angedeutet, dass sie einem
solchen Beschluss folgen wird. Auch in anderen Städten regt sich Widerstand gegen
die Atompolitik Großmanns. In Essen etwa haben die Grünen einen Antrag gestellt,
60 dass Oberbürgermeister Reinhard Paß (SPD) sich im Aufsichtsrat der
Kraftwerkssparte RWE Power für eine Rücknahme der Klage einsetzen soll. In Siegen
hat schon der gesamte Stadtrat gefordert, dass sich Bürgermeister Steffen Mues auf
der Hauptversammlung am Mittwoch "für einen schnellstmöglichen Ausstieg aus der
Atomkraft einsetzt".

65 "Jürgen Großmann hat RWE in eine gesellschaftliche und wirtschaftliche
Außenseiterrolle manövriert", fasst der Bonner Bundestagsabgeordnete und
stellvertretender Chef der SPD-Bundestagsfraktion, Ulrich Kelber, das Stimmungsbild
zusammen. Auch bei den Arbeitnehmervertretern stößt Großmanns harte Haltung in
70 der Atomfrage auf Kritik. Doch Großmann will sich nicht beugen. "Wenn Juristen bis
hin zum früheren Verfassungsgerichtspräsidenten sagen, die Rechtsgrundlage für die
Abschaltung sei schwach oder gar völlig unzureichend, bin ich im Interesse der
Aktionäre verpflichtet, rechtliche Schritte einzuleiten", sagt er. Aber auch:
"Glückszustände waren ziemlich selten bei mir in den letzten Wochen." Doch
75 Großmann ist einer, der nicht wackelt oder gar taumelt - was nicht nur an seiner
imposanten Statur liegt. Großmann ist eben kein in Konzernkulturen aufgewachsener
Firmenbürokrat, sondern selbst Unternehmer. Für zwei Mark kaufte er 1993 die
niedersächsische Stahlschmiede Georgsmarienhütte. Damals war das Unternehmen
der Pleite bedenklich nahe. Heute mehrt es Großmanns Ruhm und Reichtum.
80 Aufgeben kommt für ihn auch im Sperrfeuer der Aktionärskritik nicht infrage. Das
Gerücht, Großmann könnte schon in den nächsten Wochen den Konzern verlassen,
wies auch RWE-Aufsichtsratschef Manfred Schneider zurück: "Das gehört ins Reich
der Spekulationen." Er habe keine Indizien, dass Großmann sein Mandat vorzeitig
zurückgeben will, sagte Schneider dem Handelsblatt. Doch die Kritik an Großmanns
85 Strategie wird nicht mehr verstummen. Der 59-Jährige hat den Zenit seiner Macht
überschritten und wird turnusgemäß am 30. September 2012 als Vorstandschef
ausscheiden. Er selber hat frühzeitig entschieden, keine weitere Amtszeit anzustreben.
Am liebsten würde Großmann schon vor dem offiziellen Datum kürzer treten. Dann,
wenn sein Nachfolger benannt ist, sagte er Anfang des Jahres im kleinen Kreise. [...]
90 Seine Nachfolge im Konzern ist noch immer ungeklärt. [...] Genauso wichtig aber ist
eine neue Strategie. RWE ist groß geworden im Zeitalter der Braunkohle und der
Atomenergie. Zumindest Letztere geht - zusammen mit dem Kraftwerk Großmann - in
den Ruhestand.

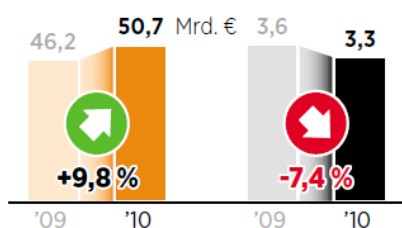
95 *Quelle: J. Flauger/D. Creutzburg/Dietrich Fockenbrock/R. Pletter/K. Stratmann, Handelsblatt, Nr.
074, 14.04.2011, 1*

RWE in Zahlen

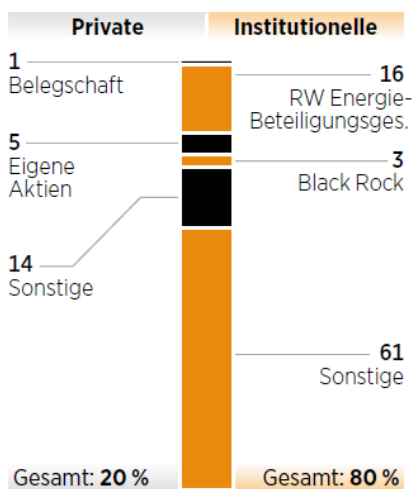
► **Aktienkurs in Euro**



► **Umsatz** **Nettogewinn**



► **Aktionäre in Prozent**



► **Atomkraftwerke**

Standort	Eon beteiligt	Leistung in MW
Biblis A	abgeschaltet	1 167
Biblis B		1 227
Emsland	12,5 %	1 329
Gundremmingen B	25,0 %	1 284
Gundremmingen C	25,0 %	1 288

Handelsblatt
 Quellen: Bloomberg, RWE, Eigene Recherche

Handelsblatt Nr. 074 vom 14.04.2011
 © Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.
 Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Die Atomwende zwingt RWE zur Erneuerung

5 *Für Konzernchef Jürgen Großmann waren Kernkraftwerke der Eckpfeiler seiner Zukunftsstrategie. Mit der neuen Energiepolitik in Deutschland verliert RWE einen verlässlichen Gewinnbringer. Gleichzeitig müssen die Investitionen in erneuerbare Energien erhöht werden.*

10 Die Analysten sind skeptisch. Seit dem Reaktor-Unglück von Fukushima hat ein Analyst nach dem anderen den Daumen gesenkt. Von den 31 Experten, die laut Nachrichtenagentur Bloomberg in den letzten vier Wochen eine Empfehlung abgegeben haben, raten nur noch sechs zum Kauf der Aktie. Dagegen empfehlen 15 Analysten, die Papiere zu verkaufen.

15 Die meisten Experten erwarten, dass die zwei im Zuge des Atom-Moratoriums abgeschalteten Reaktoren Biblis A und B nicht wieder ans Netz gehen – und haben deshalb ihre Schätzungen überarbeitet. Als eine der Ersten stufte Sofia Savvantidou von der Citigroup die Aktie herunter. Die Kernkraftdebatte führe zu beachtlichen Risiken für die Gewinnentwicklung, die die angespannte bilanzielle Situation noch verschlimmern könnte, schreibt sie in einer Branchenstudie. Sollte die
20 Laufzeitverlängerung aufgehoben werden und sollten die älteren Kernkraftwerke nicht mehr ans Netz gehen, könne der Kurs um fünf Euro fallen.

25 Auch Tanja Markloff von der Commerzbank rechnet damit, dass sich RWE wegen der Abschaltung der Kernkraftwerke künftig mit niedrigeren Erträgen zufrieden geben muss – was sich wiederum in einer niedrigeren Bewertung der Aktie niederschlägt. Markloff hat das Kursziel von 48 auf 42 Euro gesenkt.

30 Keine guten Aussichten für die Anleger – zumal die meisten mit der Kursentwicklung ohnehin unzufrieden sein dürften. Aktuell liegt der Kurs bei rund 47 Euro, vor einem Jahr war eine Aktie noch 68 Euro wert – das entspricht einem Minus von fast 30 Prozent.

35 Für RWE sind die deutschen Kernkraftwerke schließlich bislang verlässliche Gewinnlieferanten. Welche Margen der Konzern mit seinen jeweils zwei Reaktoren in Biblis und Grundremmingen sowie dem Kernkraftwerk Emsland bei Lingen genau verdient, ist zwar ein Geschäftsgeheimnis. Die Anlagen, von denen das erste Mitte der 70er-Jahre und das letzte Ende der 80er- Jahre in Betrieb ging, gehören aber zu den profitabelsten im Konzern. Sie sind komplett abgeschrieben, die Betriebskosten vergleichsweise niedrig. Lediglich die Braunkohleanlagen, die RWE aus dem eigenen
40 Tagebau befeuern kann, sind ähnlich rentabel. Der Betrieb von Steinkohle- und Gaskraftwerken hingegen ist wegen der hohen Rohstoffkosten wesentlich teurer. Analyst Matthias Heck von Macquarie schätzt, dass allein das dreimonatige Moratorium RWE knapp 100 Millionen Euro Gewinn kostet.

45 Die Kernkraftwerke steuerten im vergangenen Jahr 20 Prozent zur RWE-eigenen Stromproduktion bei. 32 Prozent stammten aus den Braunkohlekraftwerken, 25 Prozent aus Steinkohleanlagen, 19 Prozent kamen aus Gaskraftwerken. Die erneuerbaren Energien hingegen deckten nur vier Prozent der Stromproduktion.

50 Großmann hatte zwar im Herbst 2007 versprochen, RWE solle grüner werden. Er
gründete mit einer der ersten Amtshandlungen die neue Tochter RWE Innogy, die vor
allem in Offshore-Windparks investieren sollte. Und er verpflichtete mit dem
ehemaligen Chef des Windanlagenbauers Fritz Vahrenholt einen der versiertesten
Manager der noch jungen Branche. Noch immer ist RWE aber zu sehr von
55 Kohlekraftwerken und Kernenergie abhängig.

Für den Konzern wäre der Verlust der deutschen Kernkraftwerke aber nicht nur als
verlässliche Einnahmequelle problematisch. Das Aus der CO₂-freien
Stromproduzenten würde auch die ohnehin problematische CO₂-Bilanz des
60 Energiekonzerns verschlechtern. RWE ist mit seinen vielen Braun- und
Steinkohlekraftwerken Europas größter Emittent des klimaschädlichen Gases – Jahr
für Jahr muss RWE deshalb mehrere Hundert Millionen Euro für CO₂-Zertifikate
ausgegeben. Und dabei bekommt der Konzern derzeit noch etwa 70 Prozent der
Zertifikate kostenlos zugeteilt. Ab 2013, wenn die Energiekonzerne sämtliche
65 Zertifikate ersteigern müssen, muss RWE pro Jahr Emissionsberechtigungen für etwa
150 bis 160 Millionen Tonnen CO₂ erwerben. Das dürfte den Konzern – gemessen an
den aktuellen Preisen – pro Jahr etwa 1,5 Milliarden Euro kosten.

Die Kernenergie spielte nicht zuletzt deshalb in Großmanns zukünftiger Strategie eine
70 große Rolle. 2025 sollten 75 Prozent der Stromerzeugung nach seinen bisherigen
Plänen CO₂-frei oder CO₂-arm sein. 25 Prozent sollten die erneuerbaren Energien
beitragen – und immerhin 20 Prozent noch die Kernkraftwerke. Den Rest wollte
Großmann mit hocheffizienten Gasanlagen und Kohlekraftwerken erreichen, bei
denen das CO₂ aufgefangen und unterirdisch gespeichert wird.

75 Mit der Energiewende in Deutschland sind die Pläne jetzt aber passé. RWE muss
mehr Geld in erneuerbare Energien investieren. In diesem Fall macht das Kanzlerwort
Sinn: Ein Kurswechsel ist für den Energieriesen „alternativlos“.

80 *Quelle: Flauger, J./Hackhausen, J., Handelsblatt, 14.04.2011, 7*

RWE-Aktionäre gegen Politisierung

Aktionärsschützer und Privatanleger wehren sich dagegen, dass Bürgermeister über den Aufsichtsrat Atompolitik betreiben.

5

Der Atomkurs von RWE-Chef Jürgen Großmann spaltet die Anteilseigner in zwei Lager: In den Städten und Gemeinden, die an RWE beteiligt sind, wächst die Kritik am harten Kurs des Vorstandschef. Die kommunalen Aktionäre bekommen aber ebenfalls Gegenwind: Vertreter der privaten Kleinaktionäre und institutionellen Anleger wehren sich dagegen, dass über den Aufsichtsrat von RWE Politik gemacht werden soll. Auf der Hauptversammlung am kommenden Mittwoch zeichnet sich ein Schlagabtausch zwischen den zwei Fraktionen ab.

„Die Kommunen versuchen wieder einmal, über den Aufsichtsrat Politik zu machen. Das hat hier aber nichts zu suchen“, sagt Marc Tüngler, Geschäftsführer bei der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW), die sich für die Kleinaktionäre einsetzt. „Es ist selbstverständlich nicht Aufgabe von Aufsichtsräten, politischen Einfluss auszuüben“, sagt Martin Buhlmann, Chef der Aktionärsvertretung VIP, die institutionelle Investoren auf Hauptversammlungen vertritt, „das zeigt einmal mehr, dass die Kommunen keine Ahnung vom Aktienrecht haben.“

Seit Konzerngründung sind Städte und Gemeinden an RWE beteiligt. Derzeit halten die kommunalen Aktionäre noch rund 25 Prozent und stellen vier Vertreter im Aufsichtsrat des Konzerns. Je zwei sind SPD- beziehungsweise CDU-Mitglied. Während RWE-Chef Jürgen Großmann nach wie vor vehement für die Kernkraftwerke des Konzerns kämpft, wächst an der Basis der Druck auf die Aufsichtsräte, sich für die von der Bundesregierung eingeschlagene und von allen Parteien unterstützten Wende in der Energiepolitik und den schnelleren Ausstieg aus der Kernenergie einzusetzen. In Mülheim nahm der Stadtrat gestern einen Antrag von Grünen, SPD und mehreren Bürgerinitiativen an, der SPD-Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld auffordert, Großmann zu einem Strategieschwenk zu bewegen. Auch in anderen Städten gibt es schon entsprechende Initiativen. Vor allem steht Großmanns Klage gegen das Moratorium in der Kritik, das die Reaktoren Biblis A und B zumindest drei Monate lang stilllegt.

35

Der harte Kurs ist auch bei anderen Aktionären durchaus umstritten. „Natürlich freuen wir uns nicht, dass sich Großmann und RWE in der Atomfrage isoliert haben“, sagt DSW-Vertreter Tüngler. Er hält die Klage zwar für „aktienrechtlich geboten“, will die Gründe aber auf der Hauptversammlung hinterfragen. Der Dachverband der Kritischen Aktionäre hat sogar einen Gegenantrag eingereicht, der RWE zum Kurswechsel auffordert und die Klage ablehnt.

Dennoch sind sich DSW und VIP einig, dass politische Einflussnahme über das Kontrollgremium unzulässig ist. Dass ein Aufsichtsrat nicht an Weisungen gebunden sei, stehe im Gesetz, betont VIP-Chef Buhlmann. „Wenn die Stadträte mit der Politik von RWE nicht einverstanden sind, sollen sie die Aktien verkaufen.“

45

Die beiden Organisationen hatten schon zuvor eine Initiative gestartet, den Einfluss der kommunalen Aktionäre zurückzudrängen. In Gegenanträgen kritisieren sie, dass
50 auf der Hauptversammlung wieder vier Vertreter der Kommunen in den Aufsichtsrat berufen werden sollen. Damit würden sie 40 Prozent der Kapitaleseite stellen, obwohl sie höchstens 25 Prozent der Aktien halten. „Die Kommunen sind bisher im Aufsichtsrat überrepräsentiert“, sagt Tüngler. „Das wollen wir ändern.“

55 Einen entsprechenden Gegenantrag hat auch der Pensionsfonds Legal & General eingereicht. Die Forderung wird zudem von anderen institutionellen Anlegern unterstützt.

Der Aufsichtsrat weist die Forderung in einer Stellungnahme zurück. Bei der
60 Zusammensetzung des Gremiums komme „es nicht auf die exakte Abbildung prozentualer Beteiligungsverhältnisse der Aktionäre am Unternehmen an“, heißt es. Es sei im Interesse des Unternehmens, dass „die sehr vielschichtige gesellschaftspolitische Bandbreite der energiewirtschaftlichen Diskussion im Aufsichtsrat widergespiegelt“ werde. „Dies wird über die kommunalen Vertreter in
65 besonderem Umfang gewährleistet.“

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 075, 15.04.2011, 24

Vorbild Deutschland

Der Ausstieg aus der Atomenergie sei ein deutscher Sonderweg, sagt RWE-Chef Großmann. Aber das stimmt längst nicht mehr. In der gesamten westlichen Welt findet derzeit eine Neubewertung der Nukleartechnologie statt. Deutsche Hersteller für Sonnen- und Windanlagen erwarten Rekordaufträge.

Das hat es auf einer RWE-Hauptversammlung noch nicht gegeben. Tumultartige Szenen, Buhrufe während der Rede des Vorstandschefs, Anti-Atom-Transparente auf den Rängen. „Abschalten, abschalten“, skandierten freie Aktionäre. Großmann zeigte sich von den Protesten zwar unbeeindruckt und sagte: „Wir betreiben Kernkraftwerke, und dazu stehen wir.“ Aber die Botschaft des Konzerns, der im Jahr 1966 mit Grundremmingen A sein erstes Kernkraftwerk ans Netz gebracht hat, kommt in der Gesellschaft nicht mehr an. Das Schlusskapitel der Kernkraft hat begonnen. Zwei Drittel der Deutschen lehnen nach der Atomkatastrophe in Fukushima und 25 Jahre nach dem Super-GAU in Tschernobyl die Atomenergie ab, ergab die jüngste Forsa-Umfrage.

Und auch Großmanns Feststellung im Handelsblatt, Deutschland begeben sich mit dem Ausstieg aus der Kernenergie international auf einen „Sonderweg“, stimmt nicht mehr. Denn immer deutlicher zeigt sich: Die Bundesrepublik, die inzwischen schon 17 Prozent der Stromerzeugung aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse gewinnt und diesen Anteil bis zum Jahr 2030 auf 50 Prozent erhöhen will, findet mit ihrer Wende weg von Atom, Kohle und Gas und hin zu regenerativen Energien zusehends Nachahmer. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz etwa, das feste Einspeisevergütungen für Strom aus regenerativen Energien vorsieht, haben 75 Länder kopiert. US-Präsident Barack Obama erwähnt das Gesetz bei energiepolitischen Reden stets als leuchtendes Vorbild auch für Amerika.

Weltweit habe der Wettlauf um regenerative Energien längst begonnen, sagt der Soziologe und Risikoforscher Ulrich Beck dem Handelsblatt. Deshalb werde sich die Abwendung von der Atomenergie künftig als „Gewinn für die deutsche Wirtschaft“ erweisen. Tatsächlich gibt es nahezu kein westliches Industrieland mehr, das die Atomtechnik nicht einer Generalrevision unterziehen würde.

Italien beispielsweise kippt jetzt das erst 2008 verabschiedete Gesetz zum Wiedereinstieg in die Atomkraft: Nach einer von der Regierung dem Senat vorgelegten Gesetzesänderung werden alle Pläne für die Erkundung, den Bau und die Inbetriebnahme von Meilern gestoppt. Stattdessen soll eine neue Energiestrategie festgelegt werden.

Die Schweizer Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey lässt den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie prüfen. Und selbst in der Atomnation Frankreich, wo 58 Meiler rund 80 Prozent des heimischen Stroms produzieren, fordert der Straßburger Stadtrat die Schließung des ältesten französischen Kernkraftwerks in Fessenheim. Frankreich bemühe sich, „den Rückstand bei erneuerbaren Energien gegenüber Deutschland auszugleichen“, sagte Premierminister François Fillon. Da wirkt es schon

fast anachronistisch, dass die niederländische Regierung – gegen die Mehrheit der eigenen Bevölkerung – den Bau zweier neuer Reaktoren prüft.

50

Amerikas Atomindustrie dagegen treibt den Ausstieg mittlerweile selbst voran – aus wirtschaftlicher Notwendigkeit. Der größte unabhängige US-Energiekonzern NRG erklärte in dieser Woche, er werde keine weiteren Mittel in den Bau zweier neuer Reaktoren in Texas investieren. „Der tragische Atomunfall in Japan hat die

55 Entwicklung der Kernenergie in den Vereinigten Staaten unberechenbar gemacht“, begründete Konzernchef David Crane den spektakulären Schritt.

Dass nach dem Atomunglück von Fukushima nichts mehr ist, wie es vorher war, zeigt sich auch in China. Das Land hat ebenso wie Japan alle Genehmigungsverfahren für neue Meiler bis auf weiteres auf Eis gelegt.

60

Der französische Energieberater Mycle Schneider sagte dem Handelsblatt, Neubauten von Atommeilern seien wegen der immensen Kostensteigerungen kaum noch realisierbar. Er verweist auf eine Berechnung des größten US-

65 Kernkraftwerksbetreibers Exelon, dessen Kostenschätzungen sich für ein neues Kernkraftwerk zwischen 2008 und 2010 glatt verdoppelt hätten. Die meisten Reaktoren, die derzeit in Planung sind, würden nie mehr gebaut, sagt Schneider voraus. Die Atomkraft sei „keine Brückentechnologie, sondern nach Fukushima nur noch eine Abwicklungs-Industrie“.

70

Ironischerweise profitieren deutsche Firmen jetzt davon, dass sich in Westdeutschland früh eine starke Anti-AKW-Bewegung formiert hat, die mit zeitlichem Verzug auch in der Wirtschaft zu einem Umdenken führte. Die Bedeutung der Umwelttechnologie in Deutschland jedenfalls wird nach Überzeugung der Unternehmensberatung Roland

75 Berger so stark wachsen, dass die Branche 2020 den Fahrzeug- und den Maschinenbau als klassische Leitindustrien überflügelt hat.

Schon heute verbucht Siemens Windkraftaufträge in Rekordhöhe von zehn Milliarden Euro. Herausragend ist dabei der Auftrag, in den USA an Land eine riesige

80 Windkraftanlage zu bauen. Auch die Hersteller von Maschinen und Anlagen für die Photovoltaik-Industrie sind zuversichtlich. Gut 93 Prozent der Firmen berichten nach Angaben des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau über eine bessere Auftragslage als im Vorjahr. In diesem Jahr erwarten sie „eine kräftige Umsatzsteigerung von 18 Prozent“.

85

Der Atomausstieg ist politisch gewollt. Und er zahlt sich ökonomisch aus.

Quelle: Brackmann, M./Eberle, M./Stratmann, K./Weishaupt, G., Handelsblatt, Nr. 079, 21.04.2011, 1

Sonne, Wind und Subventionen

Deutsche Stromkunden finanzieren mit Milliarden Euro einen einzigartigen Markt für Sonnen- und Windenergie, um von der Atomkraft unabhängiger zu werden. Von diesen Subventionen profitieren nun auch die Chinesen. Der Anteil am Gesamtstrommarkt beträgt indes erst acht Prozent.

Udo Möhrstedt ist endlich Deutschland. Das hätte er, der er sich über so viele Jahre von diesem Land missverstanden fühlte, eigentlich nicht mehr erwartet. Jetzt aber schaut er in seinem Büro in einem Glaskasten am Rande des fränkischen Bad Staffelstein auf seinen Computermonitor und sagt: „Die Sau ist raus.“ Denn gerade hat der Chef des Solaranlagenherstellers IBC Solar wieder eine Zahl gesehen, die ihm recht zu geben scheint. Fünf Gigawatt Solarstrom steht auf seinem Monitor, hat Deutschland an diesem Tag Anfang April bereits erzeugt. Und das bei bedecktem Himmel. „Wenn die Sonne erst richtig scheint, können wir auf einen Schlag zehn Atomkraftwerke ersetzen“, jubelt Möhrstedt. Möhrstedt ist nicht nur Öko-Unternehmer, der Solaranlagen verkauft. Möhrstedt ist in Person, was Deutschland als Land noch schaffen will: die Energiewende. Einst forschte er im Auftrag der Atomindustrie. Heute setzt er mit Solarzellen knapp eine Milliarde Euro um.

Im vergangenen Jahrzehnt hat Deutschland durch ein Subventionsprogramm für erneuerbare Energien den Grundstein für Möhrstedts Geschäfte und die seiner Wettbewerber gelegt. Seine Branche soll den Atomausstieg, wie ihn die Politik nun fordert, ermöglichen. Von der Unterstützung für Windräder und Solardächer profitieren indes nicht nur deutsche Technikführer wie Solarworld, Enercon oder SMA Solar. Vor allem Solaranbieter aus China haben den deutschen Markt als den attraktivsten der Welt entdeckt. Sie verdienen prächtig daran, dass Deutschlands Politik den Ausbau der erneuerbaren Energien mit gewaltigen Summen fördert: Die für 20 Jahre garantierten Solarsubventionen könnten schon 2012 „die Schwelle von 100 Milliarden Euro erreichen“, sagt Manuel Frondel, Energieexperte beim Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI).

Während chinesische Billiganbieter heute zunehmend die Produktion von Solaranlagen an sich ziehen, versuchen deutsche Spezialisten nun vor allem mit Entwicklung, Planung und Koordination von großen Projekten ihren Teil vom Kuchen zu bekommen. Zudem bauen sie Maschinen und Anlagen zur Produktion von Solarmodulen wie etwa der Weltmarktführer Centrotherm. Pioniere der Branche wie Udo Möhrstedt wollen das Feld nämlich nicht den Asiaten allein überlassen.

Möhrstedt hat einst Atomphysik in Gießen studiert, erstellte im Auftrag der deutschen Atomwirtschaft Gutachten zur Atommüllagerung. Heute sagt er: „Wenn Sie bis 2020 alle Atomkraftwerke vom Netz nehmen, merken Sie gar nichts in Deutschland.“ Zudem wäre man viele Probleme los: die Endlagerfrage, das Oligopol auf dem deutschen Energiemarkt, die hohen Gemeinkosten, die Erdbebenrisiken auch in Deutschland. Aus Überzeugung hat der Atomphysiker Möhrstedt Ende der 70er-Jahre seinen persönlichen Atomausstieg beschlossen – und daraus ein Geschäft gemacht. Er baute IBC Solar auf, einen von vielen Mittelständlern, die heute Deutschlands Vorreiterrolle im Sektor der erneuerbaren Energien begründen.

50 Deren Beitrag ist zwar noch bescheiden: Rund zwei Prozent der Stromerzeugung kommen aus Solaranlagen, aus der Windkraft kommen etwas mehr als sechs Prozent. Bis 2020 wolle seine Branche aber einen Anteil von mindestens zehn Prozent erreichen, sagt Günther Cramer, Chef des Bundesverbandes Solar.

55 Das Wachstum der Erneuerbaren in Deutschland gründet neben Ingenieurkunst vor allem auf Subventionen. Nirgendwo sonst wird die Stromerzeugung so stark gefördert wie hier. Für jede Kilowattstunde, die ein Eigenheimbesitzer ins Stromnetz einspeist, erhält er rund 29 Cent – das ist rund fünfmal so viel wie Strom an der Leipziger Strombörse, dem Standard-Handelsplatz für Strom in Deutschland, kostet. Für die Hersteller von Solaranlagen ist das ein schlagendes Verkaufsargument, die 60 Produzenten von Windstrom bekommen weniger. Das wird sich angesichts der für 20 Jahre garantierten Milliardensubventionen so schnell nicht ändern, wenn sich auch die sogenannte Einspeisevergütung für Neuanlagen verringert. Dafür entstanden in Deutschland nach Angaben des Bundesumweltministeriums bisher 350 000 65 Arbeitsplätze und 1 200 Unternehmen in dem Sektor. Udo Möhrstedt, der Bekehrte von IBC, hält das EEG selbstredend für „das beste Fördermodell der Welt“. Er sagt, dass sich die üppige Unterstützung für den Steuerzahler am Ende lohne: „Was bringt es, die Solarzellen irgendwo in Afrika aufzustellen – wir brauchen auf jedem deutschen Dach eine.“ Sonst werde das nichts mit der Energiewende. Mit dieser Überzeugung, das Richtige zu tun, hat die Branche der deutschen Politik in den 70 vergangenen Jahren Milliarden abgeschwatzt. Tatsächlich fließen große Teile des Geldes indirekt ins Ausland ab. Chinas Solarunternehmen machen bis zu 70 Prozent ihres Umsatzes auf dem deutschen Markt, den die Unternehmensberatung Roland Berger für 2010 auf gut 14 Milliarden Euro schätzt. Sie kassieren das Geld natürlich nicht direkt. Denn die Milliarden landen bei all jenen, die sich eine Solaranlage aufs 75 Dach packen und Solarstrom ins Netz einspeisen. Aber die Kunden kaufen ihre später geförderten Solaranlagen eben nicht unbedingt bei deutschen Mittelständlern, die Deutschland so zum Technikvorreiter machen, sondern in China. Die Chinesen verkaufen billiger, bei nahezu gleicher Qualität. Schon heute fertigen die Top Ten der Branche Analysen der Unternehmensberatung Roland Berger zufolge etwa 80 Prozent 80 ihrer Zellen und Module in Asien. Im Gegenzug dehnen die deutschen Solarhersteller ihr Auslandsgeschäft massiv aus. Nach Angaben des Bundesverbandes Solar betrug die Exportquote im vergangenen Jahr rund 50 Prozent. Der deutsche Windmarkt ist hingegen noch stärker als der Solarmarkt fest in der Hand deutscher Unternehmen. Dreiviertel der Anlagen, die 2010 in Deutschland für zwei Milliarden Euro installiert 85 wurden, stammen nach Angaben des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau VDMA aus deutscher Produktion. Udo Möhrstedt, den bekehrten Atomphysiker, treibt derzeit ein anderes Problem im Heimatland viel stärker um. Der flächendeckende Einsatz der erneuerbaren Energien scheitert daran, dass sich Strom nicht speichern lässt. Wenn der Wind weht oder die Sonne scheint, gibt es viel Strom, 90 sonst nicht. Möhrstedt will nun zusammen mit einer Batteriefirma ein neuartiges Speichersystem auf den Markt bringen. „Dann können Sie sich als Hausbesitzer künftig autark mit Sonnenenergie versorgen“, sagt Möhrstedt. Schließlich will der Mann, dass es ihm viele Leute gleich tun mit der privaten Energiewende. Und verdienen könnte er dann auch wieder dran.

95

Quelle: Prange, S./Weishaupt, G., Handelsblatt, Nr. 079, 21.04.2011, 4

Ölkonzerne entdecken die Sonne

5 *Wind- und Solarenergie sind fester Bestandteil vieler traditioneller Konzerne geworden. Nach dem Sunpower-Kauf durch Total erwarten Experten weitere Akquisitionen.*

10 Die regenerativen Energien sind in der etablierten Industrie angekommen. Nachdem die Technikkonzerne Siemens, General Electric, Sharp und Samsung massiv in den Ausbau ihrer Wind- und Solaraktivitäten investiert haben, entdecken nun die Ölmultis das Geschäft. Oder besser gesagt: Sie entdecken es wieder. Schon in den 90er-Jahren hatten BP und Shell Solarmodule produziert, allerdings mit leidlichem Erfolg. Shell verschenkte schließlich seine defizitäre Solarsparte an Solarworld.

15 Jetzt kehren die Ölkonzerne zurück. Ende vergangener Woche kündigte der französische Mineralölkonzern Total die Übernahme von Sunpower für 1,4 Milliarden Dollar an. Die Gesellschaft ist mit einem Jahresumsatz von 2,2 Milliarden Dollar der zweitgrößte Solarkonzern der USA hinter Weltmarktführer First Solar. Für die Photovoltaikbranche ist die Übernahme ein Paukenschlag. Bisher wurden eher kleinere Firmen wie Ersol gekauft, Sunpower ist mit seinen fortschrittlichen Modulen aber einer der Marktführer. Total positioniert sich mit der Akquisition also gleich an der Weltspitze, vom Absatz her und von der Qualität.

20 Die Gelegenheit für Akquisitionen ist günstig, denn die Margen der Solarfirmen leiden unter dem harten Preiskampf. Der Sunpower-Kauf ist aus Sicht von Experten daher erst der Auftakt einer Marktvereinigung. "Wir stehen am Anfang der weltweiten Konsolidierung in der Solarbranche", sagt Wolfgang Hummel, Energieexperte von der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Berlin. "Angesichts der chinesischen Konkurrenten haben auf dem Weltmarkt künftig nur Unternehmen eine Chance, die im globalen Maßstab fertigen und vertreiben. Dazu gehören in Deutschland nur ganz wenige."

25 Deshalb sorgte der Total-Deal für Euphorie bei deutschen Solartiteln an der Börse. Grund dafür sind Spekulationen, dass sich angesichts des begrenzten Vorkommens fossiler Energien in Zukunft andere finanzkräftige Ölproduzenten die Spezialisten für erneuerbare Energie einverleiben könnten, um sich so das nötige Know-how einzukaufen, anstatt es selbst teuer zu entwickeln. Allein schon aus Imagegründen dürfte sich für Unternehmen aus der traditionellen Energiebranche ein "grüner Anstrich" angesichts des Öldesasters von BP in den USA und der atomaren Katastrophe in Japan lohnen. "Die Ölförderer müssen mit ihren hohen Cash-Flows irgendwo hin", sagt Aktienstrategie Kai Franke von der BHF-Bank.

35 Im vergangenen Jahr verdienten die großen fünf - Exxon, Petrochina, Royal Dutch Shell, Petrobras und Chevron - unter dem Strich umgerechnet 82 Milliarden Euro. Sie sitzen auf 45 Milliarden Euro an Barreserven. Schon mit dem Gewinn eines Quartals ließen sich die großen deutschen Solarwerte kaufen. Solarworld, Phoenix Solar, Q-Cells und SMA Solar kosten an der Börse zusammen 4,6 Milliarden Euro: angefangen von Phoenix Solar für 161 Millionen Euro bis zu SMA Solar, das Anleger mit 2,8 Milliarden Euro bewerten. [...]

50 Das Geschäft mit sauberer Energie ist aber mehr als Imagepflege. Solar- und
Windenergie sind ein fester Bestandteil der deutschen Wirtschaft geworden. Von der
Herstellung der Solarmodule und Windkraftanlagen profitieren nicht allein die
Produzenten, auch die Zulieferer hängen immer mehr vom Erfolg der erneuerbaren
Energien ab. [...] Für Total ist das Solar-Engagement kein PR-Gag, der Sektor soll zu
55 einem strategischen Standbein ausgebaut werden - auch wenn sich der Absatz von
sauberer Energietechnik im Vergleich zum Ölgeschäft zunächst klein ausnimmt. Doch
dem Konzern ist klar, dass das Ölgeschäft auf lange Sicht kein Wachstum mehr
generieren wird. "Es wird in den nächsten hundert Jahren noch Öl geben, doch es wird
nicht reichen, um die Nachfrage zu bedienen", sagte Total-Chef Christophe de
60 Margerie dazu einmal.

Mit seinem Engagement im Solarbereich bleibt Total nicht allein. Die britische BP
investiert jährlich rund eine Milliarde Dollar in saubere Energien. Beim britisch-
niederländischen Rivalen Shell soll es laut Experten eine ähnliche Größenordnung
65 sein. Im Vergleich zur Gesamtinvestition fallen diese Summen aber überschaubar aus.
Insgesamt investiert BP dieses Jahr 20 Milliarden Dollar und Shell 25 bis 27
Milliarden Dollar. Wollen sie langfristig aber überleben, müssen die Ölmultis stärker
auf Wind und Sonne setzen. Das hat auch Shell gemerkt: Nach dem anfänglichen
Misserfolg hat die Tochter Solar Frontier, ein Joint Venture mit dem japanischen
70 Ölkonzern Showa, vor wenigen Tagen eine der weltweit größten Solarfabriken
eröffnet.

Quelle: Alich, H./Slodczyk, K./Sommer, U./Weishaupt, G.

Frankreich schottet seinen Strommarkt ab

Wettbewerber wie Eon sollen für den Atomstrom von dem staatlichen Energieriesen EDF mehr zahlen als französische Privatkunden.

5

Die französische Regierung will die Atomkatastrophe in Japan als Vorwand nutzen, um den heimischen Strommarkt weiter gegen Wettbewerb abzuriegeln. Im Streit um eine Reform der regulierten Stromtarife stellt sich die Regierung nun schützend vor den staatlichen Stromriesen EDF. Damit riskiert Frankreich neuen Ärger mit der EU-Kommission, der die Abschottung des Strommarkts seit langem ein Dorn im Auge ist.

Nach monatelangem Poker kündigte Industrieminister Eric Besson gestern an, zu welchem Großhandelspreis der staatliche EDF-Konzern 25 Prozent seines Atomstroms an Wettbewerber verkaufen muss: Der Preis „wird auf 40 Euro die Megawattstunde ab 1. Juli festgelegt und ab 1. Januar 2012 auf 42 Euro“, sagte Besson im Radiosender „Europe1“. „Damit wird es keinen Wettbewerb im Privatkundengeschäft geben“, hieß es aus Kreisen eines großen EDF-Wettbewerbers.

Frankreichs staatlicher Stromriese verkauft Strom zu 35 Euro je Megawattstunde an Privatkunden, zuzüglich der Kosten für Vertrieb und Steuern. Mit einem Großhandelspreis von 42 Euro höhlt Frankreich also seine Reform des Strommarkts de facto aus. Auf Druck der EU-Kommission hatte das Parlament im vergangenen Jahr das Reformgesetz verabschiedet. Im Kern sieht es vor, dass Ex-Monopolist EDF rund ein Viertel seines Atomstroms an Wettbewerber verkaufen muss. Eon, GDF Suez oder kleinere Herausforderer wie Poweo sollten so an billige Produktionskapazitäten kommen, um endlich mit EDF im Privatkundenmarkt konkurrieren zu können; EDF hat nach wie vor über 95 Prozent Marktanteil.

Gérard Mestrallet, Chef des Konkurrenten GDF Suez, hatte stets einen Verkaufspreis von 35 Euro je Megawattstunde gefordert. Dies sei ausreichend, um im Endkundenmarkt konkurrieren zu können, da die Stromkosten nur einen Teil des Endverbraucherpreises darstellten. EDF-Chef Henri Proglio warnte dagegen davor, Frankreichs staatlichen Atompark an private Wettbewerber „zu verschleudern“.

Die Regierung entschied sich nun für den eigenen Stromversorger und gegen den Wettbewerb. Industrieminister Besson machte daraus auch keinen Hehl: Ziel der Preisentscheidung sei, „EDF zu unterstützen und dabei aus Vorsicht die Verbesserungsarbeiten zu berücksichtigen, die EDF möglicherweise nach der Überprüfung unserer Kernkraftwerke vornehmen müssen wird“. Im Klartext: Der Strompreis wird hoch angesetzt, damit EDF die Mittel dafür bekommt, seine alternden Atommeiler auf Vordermann zu bringen. [...]

Quelle: Alich, H., Handelsblatt, Nr. 078, 20.04.2011, 20